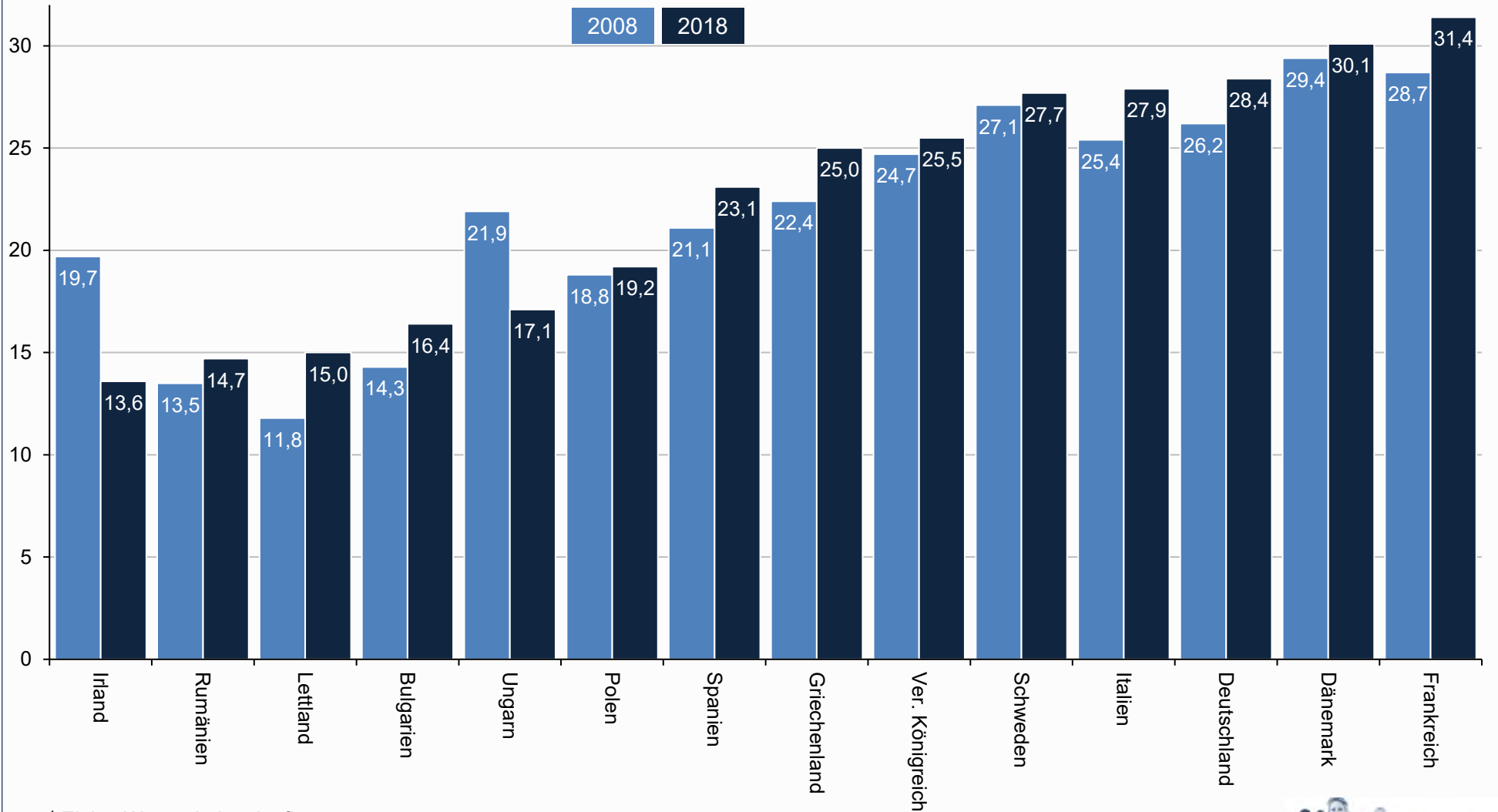


■ **Sozialschutzquoten in ausgewählten EU-Ländern 2008 und 2018<sup>1</sup>**  
in % des BIP



<sup>1</sup> Einige Werte sind vorläufig

Quelle: Eurostat (2021), Ausgaben des Sozialschutzes, ESSOSS



## Sozialschutzquoten in ausgewählten EU-Ländern 2008 und 2018

Die Sozialleistungssysteme (in der Sprache der EU auch Sozialschutzsysteme genannt) der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) weisen unterschiedliche Strukturen auf. Um einen Vergleich durchführen zu können, können jedoch die jeweiligen Ausgaben betrachtet werden. Da die Länder unterschiedlich groß sind (Einwohnerzahl) und eine unterschiedliche wirtschaftliche Leistungskraft aufweisen, ist es sinnvoll, die absoluten Zahlen der Sozialausgaben in das Verhältnis zum wirtschaftlichen Leistungsniveau des jeweiligen Landes zu setzen. Dabei orientiert man sich am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Bezieht man den Gesamtumfang der Sozialleistungen auf das BIP, errechnet sich die Sozialschutzquote.

Zu den hier ausgewählten Ländern mit den höchsten Quoten gehören Frankreich (31,4 %), Dänemark (30,1 %) und Deutschland (28,4 %). Erheblich geringe Werte weisen die Länder aus Mittel- und Osteuropa aus. Am unteren Ende rangiert Rumänien mit 14,7 % und Irland mit 13,6 %.

Vergleicht man die Entwicklung der einzelnen Länder in den letzten zehn Jahren, zeigt sich in den meisten Ländern ein Anstieg. Irland und Ungarn sind eine Ausnahme. In beiden Ländern ist es in diesem Zeitraum zu einem deutlichen Rückgang der Sozialschutzquote gekommen.

Bei der Frage nach den Gründen für die unterschiedlichen Entwicklungen lohnt sich der Blick auf die einzelnen Funktionsgruppen der Sozialleistungen. Dabei unterscheiden sich die Ausgaben für die einzelnen Bereiche je nach Land zum Teil erheblich, allerdings wird in allen Ländern anteilig das meiste Geld für die Alterssicherung und das Gesundheitswesen ausgegeben (vgl. [Abbildung X.4](#)). Dementsprechend machen sich Veränderungen in diesen Ausgabenbereichen am stärksten bei der Sozialschutzquote bemerkbar.

Schwankungen der Sozialleistungsquote sind allerdings nicht allein auf die Ausgabenentwicklungen zurückzuführen, sondern hängen auch von der Höhe und Entwicklung des BIP ab. In Italien beispielsweise sind die Ausgaben zwar nur moderat gestiegen (vgl. [Tabelle X.4](#)), da allerdings das BIP im gleichen Zeitraum kaum gewachsen ist (vgl. [Abbildung X.1](#)), kommt es rechnerisch zu einem deutlichen Zuwachs bei der Sozialschutzquote. Andersherum verhält es sich mit Irland. Hier hat sich das BIP innerhalb der EU stark erhöht, weshalb die Sozialschutzquote – trotz Anstiegs der Ausgaben – deutlich gesunken ist.

Grundsätzlich wird der Vergleich der Sozialleistungsquoten dadurch erschwert, dass nur die Bruttosozialleistungen in die Berechnung eingehen. Vor allem in den skandinavischen Ländern unterliegen aber viele Transfers der direkten Besteuerung. Im Ergebnis liegen hier die Nettosozialleistungen bzw. Nettosozialleistungsquoten deutlich niedriger als die entsprechenden Bruttogrößen.

## **Methodische Hinweise**

Die Daten zu den Sozialschutzausgaben beruhen auf den Ergebnissen des Europäischen Systems der Integrierten Sozialschutzstatistiken (ESSOSS) des statistischen Amtes der Europäischen Kommission (Eurostat). Das ESSOSS wurde entwickelt, um die Finanzströme im Bereich des Sozialschutzes zwischen den Mitgliedstaaten vergleichen zu können. Es werden sechs Funktionsbereiche unterschieden: Krankheit und Gesundheitsversorgung, Invalidität, Alterssicherung und Hinterbliebenenversorgung, Familie und Kinder, Arbeitslosigkeit sowie Wohnen und soziale Ausgrenzung. Die EU-Statistik berechnet die Sozialausgaben nach eigenen Kriterien, weshalb sich zum Teil Abweichungen zu den einzelnen nationalen Berechnungen ergeben können. Zudem ist zu berücksichtigen, dass Steuererleichterungen und private Ausgaben für Sozialleistungen nicht mitgerechnet werden. Weiterhin sind diese Werte zum Teil Schätzwerte, die sich noch geringfügig ändern können.

Großbritannien hat die EU zum 01. Januar 2021 verlassen. Da es im Berichtsjahr 2018 jedoch noch Teil der EU war, wird es hier mit dargestellt.